

Casinokrise: Regierung noch zurückhaltend

Für eine Beurteilung der Auswirkungen des Sperrlisten austausches sei es zu früh.

David Sele

Am 7. Januar ist das Abkommen zum Austausch der Casino-Sperrlisten zwischen der Schweiz und Liechtenstein in Kraft getreten. Seither können gesperrte Spieler aus der Schweiz nicht mehr in Liechtensteiner Casinos und umgekehrt. Am Donnerstag schlug der Casinoverband nun Alarm: Die Umsätze seien um bis zu 85 Prozent im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres eingebrochen. Ohne baldige Massnahmen würden Massnahmenentlassungen und Betriebsschliessungen drohen und «von den 50 Millionen Staatseinnahmen aus der Geldspielabgabe nicht viel übrig bleiben». Konkret fordert der Casinoverband eine Verbesserung der regulatorischen Rahmenbedingungen. Doch die Regierung habe bisher «alle Versuche einer konstruktiven Lösungsfindung ausgeschlagen».

Die Regierung sieht die Situation momentan noch etwas gelassener, wie

eine Nachfrage des «Vaterlandes» zeigt. «Für eine Beurteilung der tatsächlichen wirtschaftlichen Auswirkungen des Abkommens auf die Spielbanken ist es zwei Wochen nach Inkrafttreten des Abkommens noch zu früh», sagt Wirtschaftsministerin Sabine Monauni. Der Fachbeirat Geldspiel prognostizierte einst einen Rückgang des landesweiten Bruttospielertrages um 30 Prozent binnen eines Jahres. Zumindest sollten daher die Quartalszahlen der Spielbanken abgewartet werden, um zu beurteilen, ob allfällige Massnahmen nötig seien, so Monauni. Aus Aussagen einzelner Spielbanken könnten jedenfalls keine allgemeinen Schlussfolgerungen abgeleitet werden.

Gästeanteil aus der Schweiz nicht bei allen Casinos gleich gross

Der vom Casinoverband kolportierte Rückgang des Bruttospielertrages um bis 85 Prozent dürfte tendenziell vor allem bei den grossen Casinos einschla-

gen. Genaue Zahlen über die Besucherstrukturen sind zwar nicht öffentlich zugänglich. Aus früheren Publikationen von Statistikdaten der Geldspielaufsicht lässt sich jedoch ableiten, dass die Spielbanken in Gamprin und Ruggell stark vom Sperrlisten austausch betroffen sind, da sie einen sehr hohen Anteil an Besuchern aus der Schweiz aufweisen. Auch das Casino in Triesen zählte in der Vergangenheit viele Schweizer Gäste. Geringer dürfte die Auswirkung beim Casino Schaanwald sein, wo Gäste aus Österreich einen grösseren Anteil der Kundschaft ausmachen. Zum Casino in Eschen wurden bislang keine entsprechenden Daten publiziert. Das Castle Casino in Vaduz wies in der Vergangenheit zwar einen hohen Liechtensteiner Anteil aus, hatte aber insgesamt wenig Gäste und ist mittlerweile sowieso geschlossen. Hier steht die Eröffnung am neuen Standort in Schaan als Alpin Royal Casino in den kommenden Wochen auf dem Plan. **3**

FBP-Präsident Batliner fordert sofortige Kehrtwende in der Geldspielpolitik

Der Staat habe die Rahmenbedingungen so geändert, dass Wirtschaften für die Casinos nicht mehr möglich sei, kritisiert der FBP-Präsident.

David Sele

Seit 2022 spülten die Casinos allein durch die Geldspielabgabe rund 50 Millionen Franken pro Jahr in die Staatskasse. Hinzu kommen allfällige Ertragssteuern. Dass das Abkommen mit der Schweiz zum Austausch der Listen gesperrter Spieler für Einbussen bei den Casinos sorgen wird und damit auch die Abgaben an den Staat sinken, hatte die Regierung bereits einkalkuliert. Denn die Casinobesucher in Liechtenstein wohnen grossmehrheitlich in der Schweiz, sind dort oftmals gesperrt – aus unterschiedlichsten Gründen.

Der von der Regierung eingesetzte Fachbeirat Geldspiel rechnete mit einem Rückgang des Bruttospielertrages um 30 Prozent, wenn der Kundenstamm der in der Schweiz gesperrten Spieler wegfällt. Für das Jahr 2025 budgetierte die Regierung daher noch Staatseinnahmen aus der Geldspielabgabe von 35 Millionen Franken.

Seit dem 7. Januar ist das Sperrlistenabkommen nun in Kraft. Nach zwei Wochen läuten in der Casinobranche alle Alarmglocken: Der Bruttospielertrag sei nicht um 30, sondern um bis zu 85 Prozent



Diskutierten in der Braustube über Politik und Casinos (v.l.): Moderatorin Doris Quaderer, VU-Präsident Thomas Zwiefelhofer, DpL-Präsident Thomas Rehak, FBP-Präsident Alexander Batliner und Manuela Haldner Schierscher von der Freien Liste.

Bild: Daniel Schwendener

zurückgegangen, hiess es in einer Mitteilung vom Donnerstag.

Die Nachricht sorgte beim «Talk in der Braustube» von Radio L am Donnerstagabend für tiefe Sorgenfalten bei den Parteipräsidenten – mit Ausnahme von Manuela Haldner Schierscher (Freie Liste). «Wenn die Prognose der Casinos stimmt, haben wir ein Pro-

blem und müssen schauen, wie sich Mehreinnahmen generieren lassen», betonte VU-Parteipräsident Thomas Zwiefelhofer. DpL-Präsident Thomas Rehak hält dies hingegen für unrealistisch. Denn Steuererhöhungen kommen für ihn nicht infrage: «Sondern wir werden den Gürtel in Zukunft einfach enger schnallen müssen», sagte Rehak. Sowohl Re-

hak als auch Zwiefelhofer betonten jedoch, dass zunächst genau analysiert werden müsse, ob die Situation wirklich so dramatisch ist, wie vom Casinoverband dargestellt.

Batliner: «Es geht um Verlässlichkeit»

Deutlich alarmierter zeigte sich unterdessen FBP-Präsident Alexander Batliner: «Wir müs-

sen Rahmenbedingungen für die Casinos schaffen, dass sie wieder Erträge erwirtschaften können», forderte Batliner. Das Volk habe sich 2023 mit 73,3 Prozent gegen die Casinoverbotsinitiative ausgesprochen. Die Auswirkungen des Sperrlistenabkommens würden nun jedoch einem Verbot gleichkommen. Angesichts der vom Casinoverband kolportierten Einbussen sei zu befürchten, dass kein einziges Casino überleben werde. Es müsse nun sofort das Gespräch mit dem Casinoverband und den einzelnen Betreibern gesucht werden, forderte Batliner. «Diese Leute haben Millionen investiert in ihre Betriebe. Jetzt hat der Staat die Rahmenbedingungen so geändert, dass Wirtschaften nicht mehr möglich ist. Da geht es um Verlässlichkeit, um Vertrauen in Politik. Da muss man jetzt sofort auf die Hinterfüsse», so Batliner.

Einige mögliche Handlungsfelder hatte der Casinoverband am Donnerstag bereits in seiner Mitteilung skizziert. Konkret geht es um regulatorische Auflagen, die hohe Fixkosten verursachen und in der Schweiz nicht bestehen. Auch das Werbeverbot für Liechtensteiner Casinos in der Schweiz wird kritisiert. Insgesamt solle

die «Ungleichbehandlung» gegenüber den Konkurrenzbetrieben im grenznahen Ausland aufgehoben werden.

Rahmenbedingungen nur bedingt vergleichbar

So simpel ist die Angelegenheit aus Sicht von Wirtschaftsministerin Sabine Monauni jedoch nicht. Ein Vergleich der Rahmenbedingungen mit der Schweiz und Österreich sei nur bedingt möglich, da in beiden Ländern ein Konzessionssystem besteht. «In Liechtenstein hingegen ist der Marktzugang frei, wobei für die Erteilung einer Bewilligung hohe Anforderungen gelten, vor allem in Bezug auf den Spielerschutz und die Sicherheit», so Monauni. Soll heissen: Die höheren Anforderungen sind gewollt, damit der Markt nicht überflutet wird. Zur Wahrheit gehört aber auch: Durch das Bewilligungsmoratorium, welches noch bis 2025 gilt, ist der Casinomarkt aktuell auch in Liechtenstein «geschlossen».

Zunächst gelte es nun jedoch, die Situation genau zu analysieren. «Das Amt für Volkswirtschaft wurde von Vertretern einzelner Spielbanken kontaktiert. Es ist ein Treffen zur Besprechung der aktuellen Situation geplant», so Monauni.